

SP-Präsidium • c/o AStA • Nassestr. 11 • 53113 Bonn

1. Sprecher: Kay A. Frenken
c/o AStA der Uni Bonn
Nassestraße 11
53113 Bonn

Tel: 0228 - 737033
Mail: sp@uni-bonn.de

Bonn, 20. April 2019

Beschlussausfertigung: **Stellungnahme gegenüber dem Rektorat mit dem Titel „Unsere Hochschule ist keine politikfreie Zone!“**

Antragssteller: Jonas Arruda stellvertretend für die Fraktionen der JusoHSG, GHG und LUST

Sitzung des Beschlusses: 2. ordentliche Sitzung

Datum der Sitzung: 17. April 2019

Empfänger des Beschlusses: Rektorat der Uni Bonn

Das XLI. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

2. ordentlichen Sitzung vom 17. April 2019

mehrheitlich den angehängten Antrag der o.g. Antragsstellenden

**zur Stellungnahme gegenüber dem Rektorat
mit dem Titel „Unsere Hochschule ist keine politikfreie Zone!“**

beschlossen.


Kay A. Frenken
– Erster SP-Sprecher –

Anhang:
Stellungnahme

Antrag der Fraktionen Juso-HSG, GHG und LUST

Das 41. SP möge beschließen, folgende Stellungnahme gegenüber dem Rektorat zu verabschieden:

Unsere Hochschule ist keine politikfreie Zone!

Die befreite Gesellschaft ist eine solche, die sich durch die Demokratisierung aller Lebensbereiche auszeichnet. Demokratie als Ziel, Programm und Pflicht aller Gesellschaftsbereiche. Demokratie, Mündigkeit und Kritik sind dabei untrennbar miteinander verwoben. Mut zum Widerspruch, der Drang sich einzumischen, die Entschlossenheit Stellung zu beziehen – es ist die Aufgabe der Demokratieerziehung, alle Menschen zur Mündigkeit zu erziehen.

Das Gut der freien Demokratie sieht sich in Zeiten einer erstarkenden Rechten unter Beschuss. Auch an den Hochschulen hat sich die Aktivität der politischen Rechte erhöht. Beispielhaft seien die Jugendorganisationen der AfD und insbesondere „Bewegungen“ der sogenannten „Neuen Rechten“ genannt, die eigens die Wissenschaft für ihre menschenfeindlichen Diskurse zu instrumentalisieren ersuchen, wie etwa die Identitäre Bewegung. Die Studierendenschaften geraten unter Druck. Und das nicht nur von „innen“ durch sich konstituierende rechte Studierendenbewegungen, sondern auch von „außen“ vermischt sich die fortlaufende Beschränkung des politischen studentischen Raums mit der Reaktion der Hochschulleitungen auf die politische Anspannung. So drohte beispielsweise die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin, Sabine Kunst (SPD), den Referent*innenrat (gesetzlich AStA) auf Veröffentlichung aller Referent*innennamen zu verklagen, um einem Anliegen der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zu entsprechen. Viele Hochschulleitungen entziehen sich einer politischen Positionierung, erschweren die Raumvergabe für politische Veranstaltungen oder unterbinden die Tätigkeit politischer Hochschulgruppen, wie etwa die Ludwig-Maximilians-Universität in München, wo sämtlichen Hochschulgruppen die Akkreditierung entzogen wurde.

Und ähnliche Beispiele finden sich leider auch hier an unserer Universität Bonn, wo dem AStA schon mehrfach untersagt wurde, anlässlich von Wahlen Podiumsdiskussionen an der Universität zu organisieren. Ein Grund der Hochschulleitung: die AfD wurde nicht eingeladen. Auch der Gruppe „Never Forget“ wurden Räume in der Universität versagt, weil es eine Beschwerde einer Person gab, die unter anderem ein Problem damit hatte, dass sich der Referent als Antifaschist bezeichnete.

Verschiedene Studien zeigen, dass sich immer mehr junge Menschen an politischen Projekten beteiligen. Doch diese Projekte sind meist nicht von Dauer. Viele engagieren sich nur kurzfristig in der örtlichen Nachhaltigkeitsinitiativen oder für ein paar Monate für Kinder in Not. Wenngleich dieses Engagement zu begrüßen ist, sinkt an anderer Stelle die

Mitwirkung: Die Zustimmung zur Demokratie und Parteien insgesamt sinkt seit Jahren in allen westlichen Staaten. Vor allem jüngere Generationen sind davon betroffen. Dies ist unter anderem dadurch zu erklären, dass viele Menschen zwar den Drang verspüren sich gegen die Ungerechtigkeiten dieser Welt zu engagieren und dies auch tun, gleichzeitig aber die politischen Zusammenhänge dieser Umstände ausgeblendet wird. Statt sich für gesellschaftliche Veränderungen langfristig und im Allgemeinen stark zu machen, engagiert man sich dort, wo die eigenen Handlungen sich in scheinbar konkreten Verbesserungen manifestieren. Diese Entwicklungen sind kritisch zu betrachten, denn sie entziehen den politischen Parteien als meinungsbildende Instanzen den Nährboden und langfristig den gesellschaftlichen Rückhalt.

Angesichts dieser Entwicklung müssen sämtliche Bildungsinstitutionen ihre Rolle in der Demokratieerziehung neu fassen. Demokratie darf dabei nicht nur abstrakt gelehrt werden, sondern muss für alle praktisch erlebbar sein. In der Lehre muss Demokratie auf Grundlage der Prinzipien der Exemplarität und des Lebensweltbezugs vermittelt werden. Für die Hochschulen bedeutet es, die Arbeit politischer Listen nicht zu verhindern, sondern sie in ihrer meinungsbildenden Funktion zu unterstützen. Diese Funktion haben sie nicht nur innerhalb des hochschulpolitischen Universums, sondern darüber hinaus als Diskussions- und Bildungsraum für Studierende zu all den Themen, die sie politisch beschäftigen.

Um so mehr muss das natürlich für den AStA als politische Vertretung der Studierende gelten. Die Universität ist sogar gesetzlich dazu verpflichtet dem AStA Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern, dass die Universität Bonn politische Arbeit auch an der Universität ermöglicht, dies bedeutet vor allem Räume für politische Veranstaltung des AStAs, aber auch der Hochschulgruppen zur Verfügung zustellen. Wir wollen, dass sich die Universität nicht dem politischen Diskurs entzieht, sondern Stellung gegen rechte Hetze bezieht und sich für Toleranz und Demokratie stark macht.

Begründung erfolgt mündlich

Gez.

Juso-HSG, GHG & LUST